

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Redaktions-Adresse
Tageblatt, Riesa.

Amtsblatt

Samstagsheft
Nr. 20.

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtraths zu Riesa.

Nr. 288.

Mittwoch, 12. Dezember 1894, Abends.

47. Jahrg.

Das kleine Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, des Ausgabestells, sowie am Schalter der Kaiserl. Postanstalten 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Tagesanmeldung für die Nummer des Ausgabestells bis Vormittag 9 Uhr ohne Gewähr.

Druck und Verlag von Ragner & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Rautenkraß 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herr Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

Der diesjährige hiesige Christmarkt findet vom 16. bis mit 24. Dezember auf dem Albertplatz statt.

An demselben ist das Feilbieten von Waaren gemäß § 18 der hiesigen neuen Marktordnung nur hiesigen Einwohnern gestattet.

Auf den Handel mit Christbäumen leitet diese Bestimmung keine Anwendung. Die Anweisung der Plätze erfolgt durch den Marktmeister gegen Bezahlung der üblichen Anweisungsgelder. An Stättegeld wird der doppelte Betrag des an den Wochenmärkten zu zahlenden Stättegeldes erhoben.

Riesa, den 10. Dezember 1894.

Der Stadtrath.
Räder.

Sch.

Bekanntmachung.

Das für das laufende Jahr noch in Rest befindliche

Fortbildungsschulgeld

ist baldigst, längstens aber

bis zum 17. dieses Monats

an die hiesige Stadthauptkasse abzuführen.

Nach Ablauf der Zahlungsfrist erfolgt sofortige zwangsweise Beitreibung, worauf zur Vermeidung unnötiger Kosten hiermit besonders aufmerksam gemacht wird.

Riesa, am 3. Dezember 1894.

Der Stadtrath.
Schwarzenberg, Stadtrath.

S.

Vom Reichstag.

Gestern war die erste große Geschäftssitzung im neuen Reichstagsgebäude. Galt die Donnerstagssitzung mehr der nötigen Vorbereitung, so wurde gestern sofort mit Eifer in die Staatsberatung eingetreten. Zuvor wurde der bekannte vom Reichskanzler überreichte Antrag des Staatsanwalts am Landgericht Berlin I auf Verfolgung Viehdiebstahls am Majestätsbeleidigung einem Ausschusse überwiesen. Damit war eine Angelegenheit vorläufig aus der Diskussion entfernt, von der man angenommen hatte, daß sie den ganzen Tag beanspruchen und der Debatte ihren Stempel aufprägen würde. Dann nahm Fürst Hohenlohe vom historischen Saal des Bundesrathes aus das Wort zu seiner mit begrifflicher Spannung angehörten Programmrede. Dabei trat, so erzählt die „T. R.“, der äußere Gegensatz zwischen ihm und seinen beiden Vorgängern so recht in Erscheinung. Fürst Bismarck zeigte bekanntlich schon in seinem Reden, daß er nicht war wie anderer Menschen Söhne, und Graf Caprivi hatte mit dem Fürsten wenigstens das Eine gemeinsam: die mächtige Erscheinung, die in der preussischen Generalsuniform und in seiner straffen, gemessenen militärischen Haltung imponierend zur Geltung kam. Fürst Hohenlohe hat nichts von alledem. Der kleine, vom Alter schon gebückte dritte Kanzler des Deutschen Reiches repräsentiert wohl den feingebildeten, vielgewandten Diplomaten, aber er mahnt in seinem Zuge und seiner Bewegung an die Staatsmännergattung, die wir bisher an der Spitze des Deutschen Reiches zu sehen gewohnt waren. Mit enger, aber geschmeidiger Stimme entfaltete der Kanzler, oft durch das vor ihm liegende Manuscript unterstützt, sein politisches Glaubensbekenntnis, und man kann nicht leugnen, daß die gestrige Rede viel ansprechender und wirkungsvoller war, als die allzu nüchternen Thronrede, für die Fürst Hohenlohe ja auch verantwortlich ist. Der neue Kanzler brachte fast jeder Partei etwas und erhielt auch aus allen Reihen, mit Ausnahme des linken Flügels, lauten Beifall. Zum Schluß wandte er sich besonders herzlich an das Zentrum, das er hat, sich an seiner bayerischen Vergangenheit nicht zu stoßen, sondern ihm Vertrauen zu schenken und mit ihm zu arbeiten, da er von der Nothwendigkeit eines Einverständnisses zwischen Kirche und Staat überzeugt sei. Die Rede wurde rechts mit Beifall aufgenommen.

Staatssekretär Graf v. Posadowsky leitete darauf die Besprechung des Etats ein. Redner erläuterte den laufenden Etat, dessen Gesamtbild trotz mancher ungünstigen Momente doch erfreulich sei. Immerhin sei eine Finanzreformatorische Maßregel dringend erforderlich. Die Einzelstaaten müßten endlich zu einer ruhigen Finanzverwaltung gelangen können. Bei nicht rechtzeitiger Regelung der Finanzenreform werde schließlich die Nothwendigkeit einer plötzlichen Regelung eintreten und damit die Nothwendigkeit, Staatsmonopole einzuführen. Die Reichsregierung hoffe, daß sich der Reichstag diesen Erwägungen nicht verschließen werde. Abg. Dr. Dacheu (Centr.) erklärte, das Centrum stehe dem Reichskanzler parteilos gegenüber. Wenn es notwendig sei, werde es ihn bekämpfen, aber nur sachlich. Er hoffe, der Reichskanzler werde im Reich die religiösen Verhältnisse mit demselben Wohlwollen behandeln, wie in den Reichsländern. Was den Etat betreffe, so müsse die Bilanzierung ohne neue Steuern erfolgen. (Beifall links und im Centrum.) Redner kritisierte mehrere Punkte des Etats und ermahnte den Fall Reich, für den er allerdings die Kolonialverwaltung nicht verantwortlich mache, der aber doch mache,

Maßregeln gegen die Wiederholung solcher Vorgänge zu treffen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Richter (frei. Volksp.) erklärte, er könne die politischen Ausführungen seines Vorredners in allen wesentlichen Punkten unterschreiben. Der in der Thronrede angeführte Bericht auf 40 Millionen Mark organischer Ueberweisungen könne nicht schwer gefallen sein, da im Hause nur eine kleine Mehrheit dafür zu erwarten gewesen wäre. Die Liberalen seien nach wie vor dagegen, als Gegner jeder indirekten Mehrbelastung, und da ein solches Gesetz das Budgetrecht des Reichstages wesentlich beschränken würde. Die Ausführungen des Staatssekretärs über das laufende Finanzjahr erwiesen die Richtigkeit des Verhaltens des Reichstages; an keiner einzigen Stelle seien die wirklichen Einnahmen hinter den veranschlagten zurückgeblieben, trotzdem überstiegen die Ueberweisungen die Matritularumlagen um 26 Millionen. Es wäre ein kolossaler Reinsfall aller Steuerzahler gewesen, wären wir der Reichsregierung gefolgt (Heiterkeit); dann wären den Einzelstaaten 75 Millionen in den Schooß gefallen. Wenn sich auch der Staatssekretär gegen die Annahme verwehre, so bleibe es doch ein ganz komischer Zufall, daß der Betrag der Spannung zwischen den Matritularumlagen und den Ueberweisungen gerade auf 33 Millionen, eine annähernd gleiche Summe, wie aus der Tabaksteuer erwartet werde, sich beliefe. (Heiterkeit.) Die Auffassung der Jüde und der Verbrauchsteuern dürfe niemals schlonenhaft, sondern müsse unter Berücksichtigung der besonderen Verhältnisse gesehen, daher komme es, daß die Jüde schon jetzt im laufenden Jahre 8 Millionen mehr als im Anschlage betragen. Das zweite bedenkliche Moment der Etatsaufstellung sei die Steigerung der einmaligen Ausgaben, welche aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden sollen, um 22 1/2 Millionen. Es sei dies die Folge der Steigerung der Forderungen für die Uebungs- und Schießplätze um 18 Millionen, sowie die Vermehrung der Kasernenbauten diesmal um 25 neue Kasernen. Es handle sich ferner gegenwärtig um eine große Erweiterung des Flottengründungsplanes. Jetzt würden gedeckte Kreuzer zum Dienste in ausländischen Gewässern verlangt; es entspreche nicht den Interessen des Vaterlandes, derartig im Auslande aufzutreten, die Steigerung des Ordinariums der Marine mahne zur Vorsicht und würde uns unverhältnismäßig zu Mehrbewilligungen veranlassen. Der vom Reichskanzler eröffnete Ausblick auf die Kolonialpolitik sei gefährlich. Was hätte dies auch mit der deutschen Einheit zu thun. Sie sei fertig gewesen vor dem ersten Kolonialbesitz. Es müsse schlimm stehen, wenn Deutschland darauf angewiesen wäre für seinen Absatz. Gerade jetzt fordere man eine Erhöhung des Zuschusses für die Kolonien um 40 Prozent. Von dieser Art Kulturmissionen wolle er nichts wissen. Für die Aufbesserung der Beamtengehälter sei das Geld zehnmal besser zu verwenden, als für Afrika. Je weniger Afrika für Deutschland, desto besser. (Beifall links.) Die Eindringung der neuen Tabaksteuer gerade in diesem Jahre begreife er nicht; die Ankündigung derselben in der Thronrede passe absolut nicht zu der Einleitung der Thronrede, da nachgemessenermaßen 80 Prozent der Tabakfabrikationssteuer die Winderwerbenden treffen würde. Dazu seien gerade die Tabakarbeiter eine schwache, zu unterstützende Klasse im Sinne der Thronrede, und außerdem würde die neue Tabaksteuer 20—30000 Arbeiter drobblos machen und die Unzufriedenheit steigern. Richter berührt sodann den Reichskanzler- und Ministerwechsel. Auch auf dem Erlasse dieses Kanzlerwechsels habe Minister v. Bötticher gegenwärtig. Die bei dem Wechsel Bismarcks und Caprivis

Kritik zu üben, falle ihm nicht ein. Aber welches seien denn die Gründe des Wechsels gewesen? Redner giebt die in der Presse darüber mitgetheilten Meldungen wieder und sagt, er könne nicht annehmen, daß ein ungefügiger Zeitungsartikel diesen Wechsel veranlassen können zu einer Zeit, als Caprivi gerade die Zustimmung aller Faktoren zu der Umsturzvorlage hätte besitzen sollen. Vielleicht sei der gegenwärtige Minister v. Bötticher über die Gründe der Entlassung Aufschluß zu geben bereit. (Heiterkeit.) Er frage auch, ob wohl der Reichskanzler Fürst Hohenlohe vorher um seine Ansicht befragt worden sei. Während in anderen Ländern hervorragende Personen dabei befragt würden, sei der ganze Wechsel ohne Mitwirkung der Ministerkollegen vor sich gegangen, als ginge dies sie gar nichts an. Was bedeute die Rolle des Chefs des Civillabinetts bei diesem Ministerwechsel? Er bitte den Reichskanzler, doch darin Klarheit zu verschaffen, was die Rolle dieses untergeordneten Chefs des Civillabinetts bei dem Ministerwechsel, bei der Ueberbringung der seiteneu Schnur bedeute. Richter weist hierbei auf die Denkwürdigkeiten Görings hin und die darin enthaltenen Nachweise von bedenklichen Zwischenwirkungen einzelner Persönlichkeiten. Redner kritisiert die Wiedervereinigung des Reichskanzler- und Ministerpräsidentenpostens in Einer Person wegen der früher von Bismarck, später von Eulenburg hervorgehobenen, dadurch bedingten höheren Belastung und geht zu der Forderung eines verantwortlichen Chefs der Reichskammer über. Die Rechtfertigung des Reichskanzlers über seine frühere politische Thätigkeit erkläre er sich aus taktischen Gründen. Beide, Reichskanzler und Centrum, hätten sich hülfliche Beziehungen gemacht, wie häufig bei einem Ministerwechsel. Nachher läme es ganz anders. (Heiterkeit.) Der Reichskanzler habe in seiner Programmrede gesagt: „kein Systemwechsel, aber doch in Einzelheiten andere Wege“; das sei so, was Bismarck einmal nannte „derselbe Haden, aber eine andere Nummer.“ An der Thronrede — der anderen Kundgebung des neuen Reichskanzlers — gefalle ihm mehr, was nicht darin stehe, als was darin enthalten sei. Nicht stehe darin von Bewilligung der Forderungen der Agrarier. Dieselben seien früher sehr zerknirscht gewesen, wären jetzt aber sehr lebendig. Es werde sich zeigen, was die Fassung des Reichskanzlers an die Landwirtschaft bedeute. Wäre es wahr, daß die Landwirtschaft gegen die Industrie in den letzten Jahren demachtigt worden sei, so enthielte dies eine schwere Anlage für Bismarcks Politik. Der Reichskanzler wolle sich vor den Vocungen der Agrarier halten! Den sei mit Kleinigkeiten nicht gedient, sie wollten bares Geld (Heiterkeit) und die künstliche Steigerung der Getreidepreise, das würde aber die Besitzlosen zu Gunsten der Besitzenden belasten. Zum Eintreten für Religion, Sittlichkeit und Ordnung bedarf es bei den Besessenen keiner Belohnung. Die Agrarier dagegen verlangen dafür Belohnung, nur sind sie noch nicht darüber einig, ob pränumerando oder postnumerando, ob sie die Umsturzvorlage bewilligen sollen, ehe sie die Bezahlung erhalten. (Große Heiterkeit.) Der Nährboden der Elemente der Umstürzler sei die Unzufriedenheit, und deren Ursache liege in der langjährigen Politik des Fürsten Bismarck (Widerpruch rechts). Die Uebertrieben erregten Vorstellungen von der Macht des Staates hat die Unzufriedenheit erzeugt und gesteigert. Für seine Partei sei die Umsturzvorlage kein einseitiges Ganzes. Er wolle mit Caprivis Worten, die er in dem Ministerath gesagt haben soll, vor zu weit gehenden Forderungen, welche große Festigkeiten bedeuten sollen, aber doch nur die bürgerlichen Parteien zerlegen. Die Vorschläge, die gegenwärtigen